

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bierjährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Christlich-Deutscher)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Sprechsprecher: Amt Königshof, Nr. 422.

Nr. 84.

Berlin, Sonnabend, 18. Oktober 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang

Inhalts-Verzeichnis:

11. ordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins der Bergarbeiter (S.-D.). — Landarbeiter und Freizügigkeit. — Sanitäts- und Arbeiterfragen. — Allgemeine Rundschau. — Verbands-Zeit. — Anzeigen.

11. ordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins der Bergarbeiter (S.-D.).

Überhausen (Hald.), den 14. Oktober 1913.

Im „Holandsch“ trat am Sonntag, den 12. Oktober, vormittags 10 Uhr der Gewerksverein der Bergarbeiter zu seiner 11. ordentlichen Generalversammlung zusammen. Anwesend waren 19 Delegierte und vom Hauptvorstand die Kollegen Schmidt, Brylla, Görs und Stahl, von der Mediationskommission Kollege Schiller und vom Verband der Deutschen Gewerksvereine der Vorsitzende Kollege Goldschmidt-Berlin. Die Krönung der Monate ergab die Gültigkeit derselben. Nach einem herzlichen Begrüßungswort durch den Verbandsvorsitzenden trat man gleich in die Tagesordnung ein.

Gewerksvereinsvorsitzender F. Schmidt gab in seinem Tätigkeitsbericht ein umfassendes Bild von der Entwicklung des Gewerksvereins sowie über die Bergarbeiterbewegung im In- und Auslande. Der Tätigkeitsbericht liegt auch gedruckt vor und befaßt sich zunächst mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage. Die Kohlen- und Eisenindustrie hatte eine Konjunktur, wie sie bisher nicht erlebt worden ist. Der Redner stellte den Bergarbeiterlöhnen, über die er ausführliche Auskünfte gab, die Werksüberprüfungen entgegen und beiprachte sodann die Organisation der Werksbesitzer und den Bergarbeiterklub, die Arbeiterversicherung, die Lohnbewegungen und Streiks, ferner die Agitation und Ausbreitung des Gewerksvereins usw. Der durchschnittliche reine Lohn betrug im Steinkohlenbergbau Oberschlesiens im Jahre 1911 980 Mk. im Jahre 1912 1053 Mk. in Niederschlesien 908 bzw. 1043 Mk. im Oberbergamtsbezirk Dortmund nördliches Revier, 1453 bzw. 1599 Mk. im südlichen Revier 1419 bzw. 1547 Mk. Am Hammer Revier betragen die reinen Durchschnittslöhne 1446 bzw. 1586 Mk. im Saarbrücker Revier 1168 bzw. 1251 Mk. und im Aachener Revier 1395 bzw. 1530 Mk. Im Braunkohlenbergbau des Oberbergamtsbezirks Halle stiegen die Löhne von 1122 auf 1151 Mk. im linksrheinischen Braunkohlengebiet von 1200 auf 1243 Mk. Im Salzbergbau von Halle und Clausthal betrug der Lohn 1268 bzw. 1335 Mk. In den 5 verschiedenen Gebieten des Erzbergbaues variierten die Jahreslöhne von 934 bis 1259 Mk. Der durchschnittliche Lohn im gesamten Bergbau ist aber nur um 18 Pf. pro Schicht nämlich von 3,91 Mk. in 1911 auf 4,09 Mk. in 1912, d. h. um 4,6 Proz. gestiegen. Die Lebensmittelpreise aber stiegen um 20 Proz. Jetzt wo die Konjunktur abflaute, gingen die Lohnkurven schon wieder bergab. Seit dem Jahre 1907 sind die Löhne so erheblich gesunken worden, daß der Lohnverlust für die Bergarbeiter fast 192 Millionen Mark ausmachte. Diese Lohnfälligkeiten haben nach Meinung des Redners nicht wieder eingeholt werden können.

Den Arbeitsnachweis bezeichneter der Reichsminister als ein Maßregelungsinstitut. Das System der Sicherheitsmänner habe sich nicht bewährt. Ein Sicherheitsmann habe einen Zeiger auf die schlechte Zimmerung eines Bergwerkes wiederholt aufmerksam gemacht. Als alles beim Alten blieb, trat der Sicherheitsmann diesen Schein ins Jahrbuch ein. Der Sicherheitsmann wurde nun beauftragt die Zimmerung des Berg-

werkes in Ordnung zu bringen und verdiente während dieser Arbeit 50,72 Mk. weniger als an seiner bisherigen Arbeitsstelle. Der Sicherheitsmann beantragte die Erstattung des Lohnausfalls, das Bergwerksverwalter aber lehnte den Antrag ab. Der Reichsminister warf deshalb die Frage auf, wer es einem so behandelten Sicherheitsmann über nehmen wolle, wenn er nicht zum zweiten Male seine Familie um 50,72 Mk. jährlich, wenn die Verabreichungen unterlasse, oder, was aber schlimmer wäre, „alles in Ordnung“ läßt! In den Berichten der Aufsichtsbeamten wurde erklärt, daß die Sicherheitsmänner auf die Sicherheit der Betriebe ohne merklichen Einfluß gewesen wären. Die Unfallziffer läßt diesen Schluß zu, denn es stiegen die entschädigungsrechtlichen Unfälle auf 1000 Verletzte von 14,57 auf 15,46 von 1911 bis 1912. In dem Bericht über die Lohnbewegung 1912 kamen die Christlichen durch die Mittelklasse zahlreicher Aufmerksamkeit, die die Christlichen bloßstellten, schickte weg.

An den Bericht schloß sich eine einstündige Diskussion an, in der im Wesentlichen Uebereinstimmung zwischen Hauptvorstand und den Delegierten zum Ausdruck kam.

Der Etat der Hauptkasse, über den der Kollege Brylla berichtete, ergab eine Einnahme von 22857,02 Mk. und eine Ausgabe von 22137,95 Mk. Auf Antrag des Kassarevisors Kollegen Schiller erteilte die Generalversammlung dem Hauptkassierer Entlastung.

Die Statuten wurden in mehrfacher Hinsicht verbessert, und auf Wunsch vieler Mitglieder zwei neue Beitragsstufen von 7) und 8) Pf. pro Woche mit entsprechendem höheren Leistungen eingeführt. Auch die übrigen Unternehmungen erlitten eine Neuregelung.

Zu allen wichtigen Fragen, die das Interesse der Bergarbeiter betreffen, wurden er:prechende Entschlüsse angenommen. Eine Resolution betraf die Handlungsweise der christlichen Führer beim Ruhrstreik und die Haltung der polnischen Berufsvereineigung bei der Lohnbewegung, im Frühjahr 1913 in Oberschlesien. Der Delegiertentag sprach die bestimmte Erwartung aus, daß in Zukunft die Organisationen, die eine Bewegung in irgend einem Bezirke planen, bei Einleitung derselben mit den anderen in Betracht kommenden Verbänden in Verbindung treten. Das vor „vollendete Taten stellen“ müsse aufhören, wo man mit Taten solle, müsse man auch mit Worten können. Eine weitere Resolution wies den Vorwurf der „Christlichen“ zurück, daß die Bergarbeiter des Kontinents sich hätten vor den englischen „Generalstreiksaren“ spannen lassen wollen. Mit den Bergarbeitern aller Länder, die dem internationalen Sekretariat angehören, soll ein Kartellverhältnis abgeschlossen werden, welches den Bergarbeitern die erworbenen Unterhaltungsansprüche im neuen Lande zusichert, die im alten Lande erworben wurden.

Folgende Resolutionen wurden nach längerer oder kürzerer Beipredungen einmütig angenommen:

1. Der 11. Delegiertentag des Gewerksvereins der Bergarbeiter (S.-D.) erklärt an, daß die Bestrebungen der Bergarbeiter auf Verbesserung ihrer Lage Hand in Hand mit den gleichen Bestrebungen der übrigen Arbeiterschaft gehen müssen, wenn dauernde Erfolge erreicht werden sollen. Er richtet daher an die Mitglieder und die Ortsvereine des Gewerksvereins die dringende Bitte, sich an den gemeinsamen Kämpfen für die Ausbreitung der Gewerksvereinsbewegung in den Orts- und Ausbreitungsbereichen regen zu beteiligen. Er erwartet, daß die Ortsvereine alle Bestrebungen auf Ausbreitung, Vertiefung und Festigung der Gewerksvereinsbewegung mit all ihren Kräften fördern werden.

2. Der 11. Delegiertentag des Gewerksvereins der Bergarbeiter (S.-D.) richtet an die Regierungen und die gesetzgebenden Körperschaften in Reich und Staat die dringende Bitte, den Petitionen des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine auf gesetzliche Regelung der Arbeitsnachweise Folge zu geben, damit der unehaltbare Vorgängen, die sich tagtäglich beim Zwangsarbeitsnachweise der Bergarbeiter abspielen, ein Ziel gesetzt wird. Der Arbeitsnachweise soll eine Stelle sein, die dem Arbeitssuchenden Arbeit nachweist; der Zwangsarbeitsnachweise der Bergarbeiter eine Stelle, die in erster Linie dazu dient, die den Beauftragten der Bergwerke: mäßig geordnete Bergleute von der Arbeit fern zu halten. Das ist ein aufreizender Zustand, der unser Volk großen Gefahren entgegen führen kann.

3. Der 11. Delegiertentag des Gewerksvereins der Bergarbeiter (S.-D.) billigt grundsätzlich die Preisvereinigungen der Grubenbesitzer, er mißbilligt aber das ungerechte Verhalten dieser Vereinigungen gegenüber der lohnverbrauchenden Industrie, von der vielfach höhere Preise verlangt werden, als sie diese Vereinigungen vom Ausland fordern. Die schwere Industrie wird aufgefordert, für den Bergbau und für die Eisenindustrie je eine Institution zu schaffen, mit der die Arbeiterorganisationen bei drohenden Konflikten in Verbindung treten können, um den Ausbruch des Konflikts nach Möglichkeit zu vermeiden.

4. Der 11. Delegiertentag des Gewerksvereins der Bergarbeiter (S.-D.) protestiert auf das entschiedenste gegen die scharfmacherischen, wucherischen und damit volksfeindlichen Bestrebungen des sogenannten Kartells der schaffenden Arbeit.

Das Koalitionsrecht der Arbeiter in Deutschland ist von solchen Einschränkungen umgeben, daß weiterer Schutz der Arbeitswilligen ist angeht. Die Art und Weise der Arbeitswilligen von 1912 unnötig; seine Unabhängigkeit allein wirkt aufreizend, viel notwendiger erscheinen gesetzliche Bestimmungen, die Schutz gegen Arbeitswillige bieten. Angesichts der verheerenden Wirkung des Kartells von 1902 und der auf seiner Grundlage abgeschlossenen Handelsverträge von 1904 auf allen Gebieten ist es unverständlich, wie von einem Festhalten an der bewährten Wirtschaftspolitik und gar von einem Fortschreiten auf dieser Bahn geredet werden kann. Es ist vielmehr dringend notwendig, daß eine grundsätzliche Abkehr von dem solchen Wirtschaftsmoeg erfolgt, die unserem Volke Millionen von Mark kostet, die in die Taschen weniger Agrarier und Großindustrieller fließen, und der seine eminent schädigenden Folgen in der sinkenden Geburtenziffer unseres Volkes, in dem Zurückgehen unserer Landwirtschaft (Wiedehaltung) und in der Verschlechterung der gesamten Lebenshaltung unseres Volkes zeigt.

Der Delegiertentag erwartet daher, daß die Regierungen und die gesetzgebenden Körperschaften im Reiche alles tun werden, um den Schädigungen unseres Volkes vorzubeugen, die ihm von dem „Kartell der schaffenden Arbeit“ drohen.

5. Der 11. Delegiertentag des Gewerksvereins der Bergarbeiter (S.-D.) erklärt auf Grund der praktischen Erfahrungen der Bergarbeiter die jetzige Einrichtung der Sicherheitsmänner als durchaus ungeeignet, die Sicherheit der Bergleute gegen Berufsgeschaden zu gewährleisten; im Gegenteil extendiert er in ihr eine direkte Gefahr für die Sicherheit der Bergarbeiter, da die Möglichkeit sehr groß ist, daß von den Sicherheitsmännern in der Sorge um ihre Existenz entweder gar keine oder sehr abgeschwächte Eintragungen in die Jahrbücher gemacht werden, die nach einem Unglücke dann als Ausweis dafür dienen, daß angeblich alles in Ordnung war und das Unglück auf höhere Gewalt zurückzuführen ist.

Damit die Sicherheitsmänner tatsächlich das werden, was sie nach ihrem Namen für die Bergleute sein sollen, richtet der Delegiertentag an die Regierungen und die gesetzgebenden Körperschaften das dringende Eruchen, die Einrichtung der Sicherheitsmänner so auszubauen, daß sie ohne Sorge um die Erziehung ihrer Familie ihr Amt ausüben können, und zu diesem Zwecke gesetzlich festzulegen:

1. Ein Bergmann, der als Sicherheitsmann gewählt werden soll, kann vom Tage der Ausbreitung der Wahl und nach erfolgter Wahl bis zum Ablauf seiner Amtsdauer nur aus den Gründen, die der § 80 ff des Allgemeinen Berggesetzes aufgeführt, entlassen werden. Die Entlassung kann nur auf Grund eines Urteils des Berggerichte erfolgt.

2. Einem Sicherheitsmann ist während der Dauer seines Amtes ein Lohn zu zahlen, der mindestens dem Durchschnittslohn seiner Berufsart auf der Höhe entspricht; im Streitfalle entscheidet das Bergarbeitergericht.

Der Delegiertentag erhebt diese Forderungen im Interesse eines ausreichenden Bergarbeiterschutzes und in Verfolg der Bestrebungen des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften auf die Reform unseres gesamten Arbeitsrechtes; er ist der Überzeugung, daß er dabei die Unterstützung aller Verbandsgenossen und aller rechtlich denkenden Volksgenossen findet.

Die nächste Generalversammlung wird wahrscheinlich in 2 Jahren im Dortmunder Revier abgehalten werden. In den geschäftsführenden Hauptvorstand wurden wiedergewählt der Vorjährige Franz Schmidt und der Hauptkassierer L. Brüll; die dem Hauptvorstand angestellten Bezirksbeamten G. Schmitz und G. Artke bleiben ebenfalls in ihrem Amte. Allen Beamten wurde eine Gehaltszulage von 10 Mk. pro Monat gewährt; die Hauptkasse übernimmt auch die gesamten Beiträge der Angestellten-Versicherung.

Mit eindrucksvollen Schlussworten des Verbandsvorstandes und des Gewerkschaftsvorstandes, die mit einem Hoch auf den Gewerkschaftsverband der Bergarbeiter und den Verband der Deutschen Gewerkschaften endete, schloß der Vorjährige F. Schmidt die Delegiertentag am 13. Oktober abends 7 Uhr. Die Stimmung auf der Generalversammlung war eine ausgeglichene. Frohe Zuversicht befeuerte alle Teilnehmer. Jetzt werde es wieder vorwärts gehen. Am Sonntag Abend veranstaltete der Ortsverband zur Begrüßung der Delegierten ein Fest, auf dem Verbandsvorstandes Goldschmidt in anschaulicher Weise die Arbeiterbewegung schilderte und in trefflichen Bildern darstellte, wie der Gewerkschaftsgedanke auf siegreicher Bahn marschiere. R. G.

Landarbeiter und Freizügigkeit.

Es ist alles schon dagewesen. Auch die viel erörterte Landflucht der Arbeiter ist kein besonderes Zeichen unserer Zeit. Selbst im deutschen Mittelalter ist die Flucht der ländlichen Arbeiter in die Städte bereits eine ständige Klage der Landherren. Es handelte sich damals um Sörige und Leibeigene, denen der alte Rechtsatz: „Stadtluft macht frei“ zugute kam. Heute ist die Landflucht eine wichtige Kulturerscheinung geworden. Sie ist so groß, daß man ernsthafte gesetzliche Maßnahmen gegen sie verlangt. Damit würde eine der wichtigsten Rechtsgrundlagen des heutigen Verfassungsstaates, die Freizügigkeit, durchbrochen werden. Eines ist sicher: Die immer mehr steigende Ueberfüllung des deutschen Arbeitsmarktes durch ausländische, auf der Stufe niedriger Kultur und Gesittung stehender Saisonarbeiter ist eine sehr bedenkliche Erscheinung. Besonders im landwirtschaftlichen Großbetrieb mancher Gegenden werden nur noch ausländische Arbeiter beschäftigt; man rechnet, daß weit mehr als eine halbe Million Fremde in deutschen landwirtschaftlichen Betrieben tätig sind.

Um dieser Entwicklung entgegenzutreten, wird von den Landwirten vielfach verlangt, daß namentlich die Arbeiterjugend in den Dörfern noch nach der Entlassung aus der Schule einige Jahre festgehalten wird. Bezeichnend für diese Richtung sind Ausführungen, die im letzten Frühjahr Freiherr v. Thüngen im Deutschen Landwirtschaftsrat machte. Dieser bayrische Reichsrat ist der Ansicht: man rede jedem Jungen, der lesen und schreiben könne, ein, daß er zu etwas Besserem als zum „Mistfahnen“ geboren sei. Daran seien die Lehrer und auch die Geistlichen schuld. Leute von 16 bis 20 Jahren müsse man heute schon wie Erwachsene behandeln. Aber wenn man verhindere, daß solche Jungen frei in der Welt herumlaufen können, so bedeute das noch keine Einschränkung der persönlichen Freiheit. Man müsse den Leuten erst wieder beibringen, daß sie nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zur Arbeit hätten. Doch solange der „Anflug der Freizügigkeit“ auf unreife Burschen und junge Mädchen ausgebeutet werde, lasse sich nichts machen. Die Gesetzgebung müsse diese einfach zwingen, auf dem Lande bis zum 20. Jahre zu bleiben, wenn der Vater zur Abwanderung nicht die Genehmigung erteile oder der Nachweis einer ausreichenden Beschäftigung in der Stadt beigebracht werden könne. Andere Landwirte wollen die jungen Leute ohne jede Einschränkung festhalten.

Mit solchen temperamentvollen Forderungen kommt man natürlich keinen Schritt weiter. Sie schädigen die Sache der Landwirte nur. Für den Gesetzgeber kommen sie ernstlich nicht in Betracht. Was würde wohl geschehen, wenn man nun wirklich, nach dem heißen Wunsche mancher Landwirte, die Freizügigkeit für die Kinder der Arbeiterfami-

lien in den Dörfern bis zum 20. Jahre gesetzlich aufheben wollte? Die nächste Folge der Beseitigung der Freizügigkeit für die Kinder der Landarbeiter wäre eine massenhafte Abwanderung der Eltern. Wer von ihnen vom Lande, wenn auch mit Mühe, fort könnte, würde sein Heimatdorf verlassen und in die Stadt ziehen. Denn selbst in ganz entlegenen ostpreussischen Bezirken ist heute im Landarbeiter die Hoffnung rege, daß seine Kinder es einmal besser haben sollen, als er es hat. Die Flucht des jungen Arbeiters aus der für ihn so großen Enge des Landlebens ist ein Drang nach höherer Kultur, nach besseren sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen und ein Zeichen gesunder Volkskraft.

Dieses Streben läßt sich durch gesetzliche Maßnahmen nicht verhindern. Es ist auch nicht wünschenswert, daß es geschieht. Stadt und Land muß in beständiger Wechselwirkung stehen. Das Land gibt den Städten die zuwandernde Volkskraft, wahr ihnen den imigrenen Zusammenhang mit der Natur, die Stadt befruchtet die Dörfer geistig, bringt ihnen die Fortschritte der landwirtschaftlichen Technik, die besseren und schnelleren, auch wirtschaftlich bedeutungsvollen Beziehungen zur Zeitkultur. Der Abwanderung der reinen Landarbeiter würden auch bald manche Geschäftsleute folgen müssen, die ohne sie in den Dörfern ihr Brot nicht mehr finden würden, da die ausländischen Arbeiter für sie keine Aufträge haben. So würde die Beschränkung der Freizügigkeit schließlich zu einer gewissen Verödung der Dörfer führen müssen.

Die wirtschaftlichen Folgen eines derartigen Kulturrücktritts würden aber noch viel weiter greifen. Ein Staat, der die jungen Leute bis zum 20. Jahre in den Dörfern bei der Landwirtschaft festhält, verhindert sie überhaupt, einen anderen Beruf zu ergreifen. Die Militärpflicht tritt ein. Nach der Vollendung der Dienstjahre bei der Waffe würde wohl nur noch ausnahmsweise ein nun heiratungsfähig gewordener junger Mensch Lust haben, ein Handwerk zu lernen.

Aber die jungen Leute brauchen ja kein Handwerk zu lernen. Es wird der Landwirtschaft im Gegenteil sehr erwünscht sein, wenn sie auf solche Lehrjahre verzichten und als Arbeiter und Knechte nach ihren Dienstjahren wieder in die Dörfer zurückkehren und dort eine Familie gründen. Das klingt sehr gut, aber die Landwirtschaft würde überhaupt nicht mehr in der Lage sein, die gesetzlich an die Dörfer angelegten Bevölkerungsmassen ausreichend zu beschäftigen. Die Mehrheit der durch Aufhebung der Freizügigkeit unter ein schwereres Ausnahmerecht gestellten und in ihrem Fortkommen behinderten Arbeiter würde in der Landwirtschaft ihr Brot nicht finden. Sie könnte keine Familie gründen, nicht für ihr Alter sorgen, würde entweder stumpf bis in ihr Schicksal ergeben oder in ständiger Erbitterung für die Verringerung eines derartigen unwürdigen, heillosigen Zustandes kämpfen. Je mehr aus berechtigten wirtschaftlichen Gründen auch der landwirtschaftliche Betrieb sich umwandelt zum Maschinenbetrieb, umso weniger Leute braucht er. Ein großer Leutebedarf ist nur während der Ernte noch vorhanden. Für Monate kann selbst ein großer Gutshof mit wenigen Arbeitern für die Viehpflege auskommen, seit auch das Dreschen ausschließlich mit Maschinen und in sehr wenigen Tagen geschieht.

Also, was wollte man mit den Leuten anfangen, was beginnen mit den überflüssigen Knechten, Mägden und Arbeitern? Die Landwirte würden es bald satt bekommen, ein Heer von kräftigen Männern und Frauen zu füttern, für das keine Beschäftigung vorhanden ist.

Um der Landflucht ihren sozialpolitisch, wirtschaftlich und national bedenklichen Charakter zu nehmen, müssen andere Wege als solche polizeilichen Zwanges betreten werden. Man muß den Weg der Reformen einschlagen. Es ist heute schon zu beobachten, daß Landwirte, die ihre Leute gut stellen und behandeln, selten ihre Leutenot flagen. Es gibt hinsichtlich des Arbeitsvertrages und der Arbeitsbedingungen noch sehr viel auf dem Lande zu verbessern. Vor allem wird man auch die Bezahlung der Arbeiter an vielen Orten mehr als bisher der teurer gewordenen Lebenshaltung anpassen müssen. Der Vorlohn der einheimischen Arbeiter ist zwar seit Jahren auch auf dem Lande gestiegen; aber es fehlt noch weiterer sozialer Maßnahmen, um die Abwanderung der ländlichen Jugend nach der Stadt und in die Fabriken abzuwenden. Der deutsche Landwirtschaftsrat bedauert zwar auch die missbräuchliche Ausbeutung der Freizügigkeit auf jugendliche Arbeitskräfte, aber er fühlt doch, daß rein polizeiliche Maßnahmen nicht ausreichen, der Landflucht zu steuern. In seiner letzten Sitzung hat er daher den landwirtschaftlichen Vertretern empfohlen, die

wirtschaftliche und soziale Sebung der Landarbeiter als eine wichtige Aufgabe zu betrachten und diese auf jeder Weise zu fördern. Der Weg nach dieser Richtung sollten alle ländlichen Grundstücksbesitzer betreten, indem sie ihren Arbeitern Lebensmöglichkeiten schaffen, die unserem allgemeinen Kulturstande entsprechen.

Bayerische Arbeiterfragen.*

Von Dr. Müller-Meinungen-Sof.

Die sozialpolitische Tätigkeit der Regierung und des Landtages in Bayern ist durch die Haltung der hier allmächtigen Zentrumspartei außerordentlich unfruchtbar. Man stellt im Landtage seitens aller Parteien schöne Anträge, legt großartige Kommissionen ein, die reizende Scheinbeschlüsse fassen. Lauter wertlose Papierarbeiten! Wenn es nämlich zur Verwirklichung kommt und die Freunde der Arbeiter die Einlösung der Versprechungen verlangen, dann erklärt die Mehrheitspartei: „Ja, Bauer, das ist ganz was anderes; Geld haben wir für diese schönen Beschlüsse, die die Arbeiter beruhigen sollen, nicht.“ Schönes Papier ist das! Nach solchen Grundrissen macht man seit Jahren Sozialpolitik in der famosen sogenannten Kommission. Nur eine völlig unaufgeklärte Arbeiterpartei kann dauernd von solcher Taktik eingekullt werden. „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben“, der bischöfliche Grundriss, der die Traktatgeber beherrscht! Kein Wunder, daß die denkenden Arbeiterkreise allmählich kopfschau zu werden beginnen.

Aber das Zentrum verschafft sich durch seine Alleinherrschaft, durch alle möglichen Privilegien und Personalabhängigkeiten die Abhängigkeit der Arbeiter, vor allem der Staatsarbeiter. Im bayerischen Eisenbahnerverband hält es a. B. die Geduligen zusammen. Das stärkste Stück dieser Gewaltpolitik gegen die Arbeiterpartei spielt sich gegen die andersdenkenden Eisenbahner ab, die im süddeutschen Eisenbahnerverband organisiert sind. Die Tatsachen in dem jahrelangen, mit Maffiniertheit geführten Kriege, der mit der völligen Unterdrückung des unbequemeren Konföderationsverbandes enden sollte, sind ja bekannt. Das Ministerium Frauendorfer, das den Wunsch des Zentrums auf völlige Unterdrückung aus Gerechtigkeitssünden, da der sozialdemokratische Charakter des Verbandes nicht einwandfrei nachgewiesen werden konnte, nicht erfüllte, mußte nach Auflösung des bayerischen Landtages im November 1911 bald darauf am Tage der Neuwahl, gehen. Sein Nachfolger Seidelin stellte sich den Annahmen des Zentrums gegenüber zuerst in der Volkstammer in der Frage ist wörtlich genau auf den Standpunkt seines Vorgängers, wechselte aber nach einem unflugen sozialdemokratischen Vorstoße plötzlich die Tonart gänzlich und trumpfte im unangenehmsten Scham-macherton gegen den Verband auf, der in seiner letzten Weise auf das Streikrecht verzichtet hatte. Der oft sehr rabulistische und anmaßende Ton drittlicher Staatsarbeiter fand niemals einen ministeriellen Tadel. Solcher Mut wäre unerhört im frommen Lande Bayern. Die feierlichsten Versicherungen der andersgeiminten Eisenbahner, daß man den Streik verwerfe, stießen nur auf ungläubiges Lachen und Abweilung. Das nennt man in Bayern paritätische gerechte Behandlung von staats-treuen Arbeitern! Daß eine Reverswirtschaft, in der der eingestellte Arbeiter ausdrücklich auf das Streikrecht verzichtet, etwas völlig Ueberflüssiges und Schädliches ist, bedarf kaum weiterer Ausführung. Vom Streik würde, das haben ja auch katholische Arbeiter drahtig erklärt, ein solcher Revers niemals abhalten, wenn die ganzen sozial- und wirtschaftspolitischen Verhältnisse eine solche Torheit zeitigen würden. Nur das Demuzianzweisen, wie es leider bei uns in Bayern unter der Herrschaft des Zentrums schon besteht, würde durch eine solche Art von Staatsrettung nennlich gegünstet werden. Der Kampf um das Koalitionsrecht, für das jenseitig das Zentrum, wo es sich nämlich um keine christlichen Arbeiter handelt, ideinhaltig so eueratisch eintritt, wird in der nächsten Session des bayerischen Landtages mit im Vordergrund des Interesses stehen. Der Liberalismus, der den beiden Organisationsparteien fernsteht, wird die Frage lediglich vom Standpunkt allgemeiner Freiheit aus behandeln. Wie er dies bisher auch getan hat. In den anderen Arbeiterfragen, in denen die Liberalen die frühere Initiative zugunsten der Arbeiter ergriffen, z. B.

* Dieser Aufsatz war ursprünglich für das Taschennbuch der Deutschen Gewerkschaften 1914, das Ende dieses Monats herauskommt, bestimmt, mußte aber des starken Stoffmangels wegen herausgelassen werden. Wir benutzen diese Gelegenheit, nochmals auf den reichen Inhalt des Taschennbuchs hinzuweisen und ersuchen die Ortsvereine erneut, schleunigst ihre Bestellungen zu machen.

die Unterstützung der Gemeinden, die die Arbeitslosenversicherung einzuführen gewillt sind. Fragen der Lohnerhöhung und Feuerungszulagen der Staatsarbeiter, Urlaubsordnung usw. wird man dem Zentrum immer von neuem Gelegenheit geben, die Verprechungen seiner Arbeitersekretäre einzulösen.

Die Hauptfrage ist und bleibt freilich die Achtung der staatsbürgerlichen Stellung des Arbeiters, insbesondere die energische Verteidigung seines höchsten Rechtes, des Koalitionsrechtes. Das Vorgehen der bayerischen Mehrheitspartei ist ein geradezu typisches Beispiel der Rache und Machtjucht! Wo das sogenannte „demokratische“ Zentrum, die Volkspartei, die jetzt in völliger Unfreiheit unter einem Kränkel aristokratisch feudaler Herren steht, am Aender ist, ist für die Freiheit, wie auch immer sie sich nennt, kein Gras mehr gewachsen. Die Sozialdemokratie aber, mit deren terroristischen Mitteln, geißt in andern deutschen Gegenden, in Bayern das Zentrum hantiert, kann sehen, wie unter seinen lässlichen freisindlichen Gewohnheiten der deutsche Arbeiter, zuletzt sogar auch der sozialdemokratische selbst leidet.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 17. Oktober 1913.

Die Gesellschaft für Soziale Reform hält am 21. und 22. November ihre 6. Hauptversammlung in Düsseldorf ab, wo ihr die Räume der städtischen Tonhalle für die Verhandlungen zur Verfügung gestellt sind. Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung sind ein Vortrag des Reichsanwalts Singheimer-Frankfurt a. M.: Rechtsfragen des Arbeitsstarifvertrages (Saffung und Abdingbarkeit) und ihre gesetzliche Lösung, ferner ein Vortrag des Staatsministers Dr. Frhr. v. Berllesch: Brauchen wir ein Reichseinkungssamt? und ein Vortrag von Dr. Zimmermann-Berlin: Neue Aufgaben des gewerblichen Einkungswesens.

Es sind also besonders dringliche Fragen, die auf dieser Hauptversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform verhandelt werden, und mit Recht hat man Düsseldorf als Versammlungsort gewählt, da die zur Erörterung stehenden Probleme gerade für das Rhein-Ruhrgebiet bei dem riefenhaften Wachstum der Angestellten- und Arbeitermassen die ernsteste Bedeutung erlangt haben und jedenfalls tiefem Interesse und Verständnis bezeugen werden. Wir wünschen der Laugung den besten Verlauf.

Krankentassen und Ärzte. Zwischen den Organisationen der Ärzte und den Krankentassenverbänden haben Einigungsverhandlungen stattgefunden, die bedauerlicherweise ergebnislos verlaufen sind. Der Verband der Ärzte Deutschlands verwendet darüber folgende Erklärung:

„Die auf Anregung von dritter Seite eingeleiteten Einigungsverhandlungen zwischen dem Betriebskrankentassenverband bzw. dem großen Krankentassenverbänden einerseits und dem Deutschen Ärzteverein und dem Wirtschaftlichen Ärzteverband (Leipziger Verband) andererseits sind endgültig gescheitert. Die genannten Ärzteorganisationen hatten der Gegenpartei Vorschläge unterbreitet, die vom ärztlichen Standpunkt aus im Vergleich zu den bisherigen ärztlichen Forderungen ein weitgehendes Entgegenkommen darstellten; als ferner die Krankentassenorganisationen auch an diesen neuen Grundlagen einiges auszufragen hatten, sagten die Ärzteorganisationen ein weiteres Entgegenkommen zu. Trotzdem haben die vereinigten Krankentassenverbände den ärztlichen Friedensvorschlag schließlich rundweg abgelehnt: sie wollen weder mit den Organisationen der Ärzte verhandeln, noch zeigen sie hinsichtlich der freien Arztwahl und der Bemessung des Honorars irgendwelches Entgegenkommen, sie zwingen dadurch der Ärztespartei den Kampf auf. Von Ärzten bleibt daher einstweilen nichts weiter übrig, als den Abschlus neuer Verträge für Beginn der Reichsversicherungsordnung zum 1. Januar 1914 allgemein abzulehnen. Die Ärzteorganisationen haben alsbald ihre fassungsgemäß vorgeschlagenen Organisationsentwürfen, zusammengefaßt, insbesondere wird mit tünlichster Beschleunigung der Ärztereinebund einen deutschen Ärzte tag über die nimmere notwendig gewordenen einheitlichen Maßnahmen beschließen lassen.“

Demgegenüber veröffentlichte der Verband zur Wahrung der Interessen der Betriebskrankentassen eine Mitteilung:

Nach einer Nachricht des Ärzteverbandes hätten die vereinigten Krankentassenverbände den vom Ärzteverein und Leipziger Ärzteverband gemachten Friedensvorschlag rundweg abgelehnt; die Kassen wollten nicht mit den Ärzteorganisationen verhandeln, sie zeigten in Hinsicht auf freie Arztwahl und Bemessung des Honorars ein Entgegenkommen. Diese Angaben sind unrichtig. Tatsache ist folgendes:

1. Am 10. September hat eine siebenköpfige Verhandlung zwischen Vertretern der bezeichneten zentralen

Ärzteorganisationen und des Betriebskrankentassenverbandes und am 5. Oktober eine mehrtägige Unterredung zwischen den Vorständen der Ärzteorganisationen und einem Vertreter unseres Verbandes stattgefunden. Dem Ärzteverbande ist bekannt, daß der Betriebskrankentassenverband dabei im Einvernehmen mit den anderen Krankentassen-Hauptverbänden gehandelt hat.

2. Die Ärzteorganisationen haben von vornherein rundweg die Vorschläge der Krankentassen abgelehnt, obwohl diese weitgehendes Entgegenkommen enthielten und sich die Krankentassen darin zu Gunsten eines allgemeinen Friedens mit den Ärzten außerordentlichen Beschränkungen in ihren wichtigsten gesetzlichen Rechten unterwerfen wollten. Die Vorschläge der Kassen sicherten einer möglichst großen Zahl von Ärzten eine Tätigkeit bei Krankentassen und begünstigten auch die freie Arztwahl.

3. Ueber die Höhe des Honorars ist überhaupt nicht verhandelt worden. Die Krankentassen haben nur die vorgeschlagene Bemessungsgrundlage nach den einzelnen Leistungen nicht anerkennen können.

4. Die Krankentassenverbände haben nur solche Forderungen abgelehnt, welche die Auslieferung von Krankentassen und Kassenärzten an die Ver teilung bedeuteten. In der Aufforderung der zentralen Ärzteorganisationen an die Ärztereine usw., keine Verträge mit Krankentassen abzuschließen bis ein außerordentlicher Ärzte tag die nimmereige Stellung der Ärzteorganisationen bestimmt hat, muß nach den Darlegungen in den Zeitschriften der Ärzteorganisationen in letzter Zeit die allgemeine Kriegserklärung an die Krankentassen erbildet werden.

Beide Parteien schieben sich also gegenseitig die Schuld an dem Scheitern der Einigungsverhandlungen in die Schuhe. Das rücksichtslose Vorgehen der ärztlichen Standesorganisation zeigt aber am besten, wo die Schuldigen sitzen. Wie dem aber auch sei: Die Geschädigten sind auf alle Fälle die Versicherten. Die Krankentassen müssen sich nun darauf einrichten, den § 370 der Reichsversicherungsordnung in Anwendung zu bringen, durch den an Stelle der ärztlichen Behandlung ein erhöhtes Krankengeld bezahlt werden darf.

In der Frage des Arbeitswilligenschutzes scheint, wie wir schon neulich nachgewiesen haben, in der nationalliberalen Partei ein Umwandlung eingetreten zu sein. Das zeigt u. a. auch die Zusammenziehung der Kommission, die zur Prüfung der Frage von dem Parteitag in Wiesbaden einberufen worden ist. Werkbündigerweise nämlich hat man von den beiden Arbeitervertretern, welche die nationalliberale Reichstagsfraktion zählt, den Herren Sedmann und Adler, keinen in die Kommission entsandt. Dagegen sind zwei Herren hineingewählt worden, die im Gegensatz zur Fraktionsmehrheit jederzeit im Reichstage für den sozialistischen Antrag auf Verbot des Streikpostens aktiver sind. Diese Latachen geben zweifellos zu denken, und man soll nicht achtlos daran vorbeigehen.

Es ist erfreulich, daß im Gegensatz dazu die wirklich sozialdenkenden Kreise auch außerhalb der Arbeiterschaft von einer Einschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter nichts wissen wollen. Auch die „Soz. Prax.“ beschäftigt sich in ihrer letzten Nummer mit der Haltung der Nationalliberalen, die sie entschieden verurteilt. Die Rechtsprechung der deutschen Gerichte zum Schutze der Arbeitswilligen lasse deutlich erkennen, daß ein stärkerer Schutz der Arbeitswilligen überflüssig ist. Hier lasse sich aus der Fülle der Erörterungen die Frage rechtfertigen, ob nicht ein besserer Schutz gegen die Arbeitswilligen vom Schutze der Arbeitgeberseite usw. notwendig sei. Und dann schreibt die „Soz. Prax.“ weiter:

„Für den Rechtspolitiker, der sozial denkt, gibt es neben dem Schutze derjenigen Arbeitswilligen, die sich nicht mit ihren Kameraden solidarisch erklären und einem Arbeitskampf ausweichen, auch einen Schutz derjenigen, die ebenfalls gern arbeiten wollen, allerdings nicht zu Bedingungen, die sie für wirtschaftlich unbefriedigend und sozial untraglich halten, und die deshalb durch zeitweilige Einstellung ihrer Arbeit sich entschließen, Opfer besserer Arbeitsbedingungen zu erdulden. Endlich bleibt noch der Schutz derjenigen Arbeitswilligen zu bedenken, die gern arbeiten möchten, aber durch die Ausperrungen der Arbeitgeberverbände daran gehindert werden: die Masse der ausgeperrten und gezwungen feiernden Arbeiter betrug im Durchschnitt der letzten drei Jahre weit mehr als 100.000 Köpfe.“

Das ist durchaus unsere Auffassung, und wir hoffen, daß diese Auffassung auch von der Mehrheit des Reichstages vertreten wird, so daß alle Wünsche der Starkmüder und ihrer Helfershelfer auf Verschlechterung der geltenden Gesetzgebung sich als illusorisch erweisen werden.

Arbeiterbewegung. Die Einigungsverhandlungen in der Pelzwarenbranche zu Berlin sind ergebnislos verlaufen. Die Arbeiter haben die von den Unternehmern gemachten Bewilligungen abgelehnt, aber den Streik abzu brechen und ohne Tarif weiterzuarbeiten be-

schlossen. — Auch in der Glasindustrie zu Berlin ist der Friede noch nicht wieder eingeleitet. Obgleich zwischen Unternehmern und Arbeitern eine Verständigung erzielt worden war, ist nachträglich den Arbeitern mitgeteilt worden, daß die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes die Vereinbarungen nicht aufzuheben hat. Die Bewegung geht also weiter; es wird tariflos weitergearbeitet. — Mit einer Niederlage der Arbeiter hat der Streik im Saizen von Gmden nach 20wöchiger Dauer geendet. Den Arbeitern wurden keinerlei Zugeständnisse gemacht; die Beschäftigung wußte bedingungslos wieder aufgenommen werden. — In der Gießerei von Humboldt in Gölina. N. h. sind etwa 400 Formere und Gießereiarbeiter in den Streik getreten, weil eine Anzahl von Arbeitern entlassen wurde. Die Organisationsleitungen sind bemüht, die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Die Firma soll erlucht werden, bei etwaigem Arbeitsmangel seine Verfürgung der Arbeitszeit herbeizuführen.

Trotz des großen Glends in den Familien der Streikenden geht die Bewegung in Dublin weiter. Die Unternehmer wollen durchaus nicht nachgeben. Von einer Verhandlung mit dem irischen Transportarbeiterverband wollen sie nichts wissen, solange dieser nicht eine andere Zeitung bekommen hat. Selbstverständlich können sich die Arbeiter auf diese Forderung nicht einlassen.

Ein neues Dokument für die parteipolitische „Neutralität“ der sogenannten freien Gewerkschaften bringt das „Gerichtliche Tageblatt“. Es veröffentlicht nämlich den Wortlaut einer Fragekarte, die das dortige Gewerkschaftsamt an seine Mitglieder zur Ausfüllung verandt hat. Diese Fragekarte hat folgendes Aussehen:

Stempel der Organisation.
Die Karte ist gewissenhaft auszufüllen und baldmöglichst zurückzugeben.

Fragekarte des Gewerkschaftsamt.

Name: _____
Wohnung: _____
Wie alt sind Sie? _____
Verheiratet? _____ oder ledig?
Sind Sie Mitglied des sozialdemokratischen Vereins? _____
Nummer des Mitglieds bezeichnend? _____
Sind Sie Mitglied des Konsumvereins? _____
Unter welcher Nummer? _____
Was für eine Tageszeitung halten Sie? _____
Sind Sie Bürger? _____
Ist die Frau auf Arbeit? _____
Name der Firma: _____
Ist dieselbe organisiert? _____ Wo? _____
Unter welcher Nummer? _____
Wieviel Familienangehörige sind noch beruflich tätig, aber gewerkschaftlich nicht organisiert?
Name _____ Wo beschäftigt? _____

1. _____
2. _____
3. _____
4. _____
Besucht am _____ von _____
Mitteilungen: _____

Kerger kann die Gewinnungsschnüffelei wohl kaum betrieben werden. Da muß man sich denn doch fragen: Zu welchem Zwecke werden diese Fragekarten verandt? Was geht das Gewerkschaftsamt an, ob die Mitglieder dem sozialdemokratischen Verein oder dem Konsumverein angehören und was für eine Zeitung sie lesen. Eine parteipolitisch wirklich neutrale Organisation bekümmert sich um diese Verhältnisse ihrer Mitglieder nicht. In den Deutschen Gewerkschaften z. B. wird niemand danach gefragt, wo er sich politisch organisiert hat, oder welche Zeitung er liest. Wir sind aber auch wirklich parteipolitisch neutral, während die „freien“ Gewerkschaften ihren Namen gar nicht verdienen, sondern sozialdemokratische Organisationen sind. Dafür spricht auch obige Fragekarte, mit der natürlich nur der Zweck verfolgt wird, diejenigen, die noch nicht dem sozialdemokratischen Verein angehören, in denselben hineinzupressen. Von besonderer Offenheit zeugt ein solches Vorgehen nicht. Wenn man sozialdemokratisch ist, dann soll man sich auch so nennen und sich nicht ein neutrales Mäntelchen umhängen, das so fadenähnlich ist, daß man die rote Farbe doch immer durchschimmern sieht.

Streikarbeit sollen nach Angabe einiger sozialdemokratischer Blätter wieder einmal die Gewerkschaften gemacht haben. Es handelt sich dabei um einen Streik der Brauereiarbeiter in Magdeburg, der inzwischen beendet ist. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen unter den Bedingungen, die von den Brauereien schon vor der Bewegung bewilligt waren. Die Arbeiter erhalten 2 Mark Zulage pro Woche und einige andere Verbesserungen. Die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit wurde nicht erreicht.

In dieser Bewegung nun sollen einige Gewerkevereinsmitglieder Streikarbeit verrichten haben. Die Sache liegt so: In vier Brauereien traten die im Brauerei- und Mühlenarbeiterverband, im Transportarbeiterverband und im Böttcherverband organisierten Arbeiter in den Streik. Mit unserem Ortsverein der Brauer, der in sämtlichen Betrieben stark vertreten ist, veräußerte man, wie so häufig in diesen Fällen, Rücksprache zu nehmen. Unsere Kollegen fanden der Bewegung als einer gegebenen Tatsache gegenüber. Nun ist es wirklich vorgekommen, daß Brauer einfach kommandiert wurden, die Arbeiten der Kutcher zu übernehmen. Ein solches Verhalten kann natürlich nicht gebilligt werden und ist auch von der Leitung unseres Magdeburger Ortsvereins nicht gebilligt worden. Aber verständlich wird schließlich ein solches Verhalten, wenn man eine stark in Betracht kommende Organisation bei einer solchen Bewegung einfach ausschaltet. Aber die sittliche Entrüstung ist auch recht unangebracht. Bei Ausbruch des Streiks fanden sich nämlich 20 Streikbrecher aus den freien Gewerkschaften. Im Laufe der Tage sind täglich neue hinzugekommen. Allein in der Aktienbrauerei sind die Böttcher, die direkt an der Bewegung beteiligt sind, bis auf ein Mitglied stehen geblieben. Dasselbe trifft auch auf die Maschinenisten und Seiger zu. Vom Antischerpersonal blieben 4 stehen. 15 sind im Laufe der Zeit arbeitswillig geworden. Hilfsarbeiter blieben 8 stehen. 7 nahmen die Arbeit wieder auf. Vier handelte es sich immer um Verbänder. Neue Blätter, die uns jetzt mit Vorwürfen kommen, haben also alle Ursache, vor der eigenen Tür zu kehren; da haben sie Schmutz genug wegzuschaffen.

Ein berühmter Erfinder und die Konsumgenossenschaftsbewegung. Der berühmte Erfinder Dr. Rudolf Diesel ist am 30. September auf dieser noch unaufgeklärte Weise aus dem Leben geschieden. Bei einer Dampferfahrt nach Harwich ist er anscheinend nachts über Bord gefallen und ertrunken. Mit Dr. Rudolf Diesel verloren Wissenschaft und Industrie einen ihrer herausragendsten und sympathischsten Vertreter. Dr. Diesel bereicherte die Technik um eine Erfindungsgabe allerersten Ranges, einen Kraftmotor, der nach seinem Konstrukteur benannt wird. Weniger bekannt dürfte sein, daß Dr. Diesel auch der Genossenschaftsbewegung Verständnis und Liebe entgegenbrachte. Den älteren Genossenschaftlern wird noch die Rede Diesels in der Erinnerung sein, mit der er 1904 auf dem Genossenschaftstage zu Hamburg in die Debatte über die Frage der Eigenprodukt-

tion eintritt. Seine Ausführungen stammten aus in einem begeisterten Appell an den genossenschaftlichen Arbeitseifer. Zum Gedächtnis des Verstorbenen und zugleich zur Meinungsbildung seines Lebens seien die überaus charakteristischen Schlusssätze wiedergegeben:

Es wird Ihnen als praktische Geschäftsleute rationell erscheinen, wenn von der Gründung eines recht großer Prozentfonds von vorherein als Reservefonds in Abzug gebracht und der Zentfalsank zur Verwaltung übergeben wird. In deren Händen sammelt sich so nach und nach ein Kapital, welches sie unabhängig von den einzelnen Konsumvereinen für weitere Produktionsbetriebe verwenden kann. Diese Reserven, anfangs klein, allmählich zu bedeutender Höhe anwachsend, sollen dem Ausbau des Eigenproduktionsystems dienen in dem Sinne, wie es unseren Ausführungen entspricht.

Meine verehrten Genossen, ich bequäme mich für heute mit dem Beweise, daß wir so mächtig sind, wie wir eben sein wollen, daß wir nicht notwendig haben, immer den Staat anzuflehen, gegen andere Interessengruppen einzugreifen, daß wir in der Tat sind, dieselben Mittel wie die einzelnen, um sie zu eigenem, gewaltiger Machtstellung zu gelangen. Glauben Sie ja nicht, ich wollte nun, daß wir in überlärter Weise, Schlag auf Schlag, Betrieb an Betrieb reihen, im Gegenteil, ich bin für weise Mäßigung und enthalte mich daher eines positiven Antrags; ich will zunächst nur diese Vorklässe der Offensivität unterbreiten, aus deren Feuer sie hoffentlich festfügig und geschmeidig wie Siegfrieds Schwert hervorgehen werden. Der menschliche Fortschritt ist nie das Spiel zufälliger Kräfte, sondern immer das Resultat eines zielbewußten und konzentrierten Willens. Darum laßt uns wollen! Der Sieg ist unser, sicherer als uns scheinen möchte!

Klares Verständnis für die Realitäten des Lebens, gepaart mit der Begeisterung des hoffnungsvollen Idealisten — diese Mischung, die den richtigen Genossenschaftler ausmacht, finden wir auch bei Diesel. Und so wird er auch im Gedächtnis der deutschen Konsumgenossenschaft weiterleben.

Verbands-Zeil.

Berlin. Distrikterklub der Deutschen Gewerkevereine (G.-D.). Verbandsabend der Deutschen Gewerkevereine, Greifswalderstr. 221-23, Mittwoch, 23. Okt., abds. 8 1/2 Uhr Vortrag des Bankbeamten, Herrn Lezin: „Der Selbstmord“. Holz, Tisch, usw. Gäste will. — **Gewerkevereins-Liebetafel (G.-L.)** Jeden Donnerstag, abds. 9-11 Uhr, im Vereinslokal. Gäste will. — **Frauen und Mädchen Berlin I.** Montag, den 20. Oktober, abends pünktlich 8 1/2 Uhr im Verbandslokal der Deutschen Gewerkevereine, Greifswalderstr. 221-23.

(Weißer Saal) Vortrag des Herrn Dr. Abraham über: „Krautenfarbstoffe und ihre Wirkung“. Nur Frauen haben Zutritt. Gäste will.

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter-Sigung im Burhop'sches Schaftshaus, Bremen, Reitenstraße. — **Cottbus (Distrikterklub)** Sigung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandowertstr. 42. — **Dessau, Gewerkevereins-Liebetafel** jeden Mittwoch, abds. 8 1/2-11 Uhr, Liebigstr. i. Vereinsl. „Fasan“, Marktstr. — **Eberfeld-Barmen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter-Sigung bei Roggenländer, Eberfeld, Ruffenstr. und Echolungstr. Ecke. — **Frankfurt a. O. (Gewerkevereins-Sängerchor).** Jeden Freitag von 8-10 Uhr Liebungsfunde im Vereinslokal, Ruffenstr. 16. Verbandskollegen herzll. willkommen! — **Gelsenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertreter-Sigung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abends 7-9 Uhr, Distrikter-Sigung im Lokal von G. Simon, Alter Markt. — **Haaren b. Naden.** Jeden dritten Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr Distrikterabend bei Lubowag. — **Hamburg (Rednerschule).** Jeden Montag von 9 bis 11 Uhr bei Grell, Lagerstraße 2. — **Hamburg (Gewerkevereins-Liebetafel).** Jeden Donnerstag Liebungsfunde bei Thöner in Altona, Elmblücherstraße 42-50. — **Herrn (Ortsverb.).** Jeden 1. Sonntag im Monat Sigung b. W. Wllh. Rube, Bahnhofsstr. gegenüb. der evang. Kirche. — **Hierlohn (Distrikterabend)** jeden 2. Mittwoch bei Hilpe. — **Köln (Ortsverb.).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr Vertreter-Sigung in der Berg-Erholung, Kreuzgasse. — **Leipzig (Gewerkevereins-Liebetafel).** Die Liebungsfunde finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder abds. herzlich willkommen. — **Mährlein's Rube.** Jeden zweiten Sonntag im Monat nachmittags 5 Uhr, Vertreter-Sigung im Verbandslokal bei Herrn Johann Köder, Sandstraße 88. — **Nürnberg (Ortsverband).** Sonntag, den 19. Oktober, abends 6 1/2 Uhr bei Bromberg, Am Markt. Quartalsbericht, Vortrag des Röll. Reichhalt-Bremens über die Selbstversicherung innerhalb der Gewerkevereins-Organisation, Verschickens. — **Stettin (Sängerchor d. Gewerkevereine).** Die Liebungsfunde finden jedes Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststraße 5, statt. Stimmbegabte Kollegen herzlich will. — **Stettin (Ortsverb.).** Distrikterklub, Sigung jed. Montag, abds. 9 Uhr b. Rebel u. Donnerstag b. Winter i. Erdow. — **Regel (Distrikterklub bei Regel, Postgasse u. Keimendehor).** Sigung jeden Dienstag, abds. 8-10 Uhr bei Bäcker, Schillerstraße 28, Eck. Schönebergerstraße. — **Thorn (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsverammlung bei Nicolai, Bauwerk. 62. — **Wesermünde u. Umgeg. (Ortsverb.)** Sonntag, den 19. Okt. Vertreter-Sigung in Uckermünde, „Deutsches Haus“. — **Weidenfeld a. O. (Sängerverein „Harmonie“ der Deutschen Gewerkevereine).** Liebungsfunde jed. Mittwoch, abds. von 8 bis 11 Uhr im Vereinslokal, „Klostergarten“. — **Wiesbaden (Ortsverband).** Jeden 1. Sonnabend im Monat Distrikterklub in Hermann Garten. — **Worms (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, Sigungsfunde im Verbandslokal „Reinthal“.

Anzeigen-Teil.

Interate werden aus gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Rassen-Abschluß der Frauen-Begräbnis-Kasse des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine pro III. Quartal 1913.

Einnahme		Ausgabe	
...
Von Vortrag	85 79	Von Begräbnisgeld	580
Beiträgen	1918 81	Entschädigungen:	
Eintrittsgeld	4 25	Vertrauensmänner	68 60
Kantion	1 86	Vorstandsführungen	29 50
Zinsen	888 60	Aufsichtsrat	19 55
		Protokoll d. Generalversammlung	15
		Geschäftsführung	165
		Drucksachen zur Verwaltung, Flugblätter etc.	420 25
		Dattungsstempel	10
		Depot-Gebühren	2
		Porto	78 23
		Kassenbestand	1510 08
	2848 21		2848 21

Gesamts-Bermögens*)	Reinwert		Rudwert	

8% Deutsche Reichs-Anleihe	68500	49408		
4% Berliner Stadt-Anleihe	25900	23180 50		
4% Berliner Stadt-Anleihe	17500	17222 75		
4% Charlottenburger Stadt-Anleihe	4000	3912		
4% Meining. Hypotheken-Pfandbriefe	9000	8820		
Kassenbestand	1510 08	1510 08		
	121410 08	104048 88		

Mitgliederzahl: 2236.
Berlin, den 1. Okt. 1913.
H. Klein, Hauptkassierer.
S. Reurdt, Hauptkontrollleur.
Geprüft und richtig befunden.
Der Aufsichtsrat:
H. Hüttig, H. Hertel, S. Hüttig, W. Rosch, H. Krüsch.

Dankagung.

Anlässlich des Todes meines lieben Mannes sind uns so zahlreiche und herzliche Beweise der Teilnahme entgegengebracht worden, daß es unmöglich ist, jedem Einzelnen dafür zu danken. Wir wählen deshalb diesen Weg, um insbesondere dem Verbandsvorsitzenden Herrn G. O. Schmidt für seine trostreichen Worte am Sarge, sowie den einzelnen Gewerkevereinstellungen für ihre herrlichen Kranzspenden und auch allen andern, die dem Verstorbenen die letzte Ehre erwiesen haben, unsern herzlichsten Dank auszusprechen.
Fran Bartel nebst Kindern.

Abbitte.

Die schweren Beleidigungen, welche ich am Freitag, 26. 9. 13. gegen meinen Berufskollegen Emil Nibel Steinarbeiter, Mitglied d. Gewerkevereins der Stein- und Glaserarbeiter Hitz-Dunder, Ortsverein Hählich, begangen habe, nehme ich mit dem Ausdruck des größten Bedauerns zurück und leiste hiermit öffentliche Abbitte.
Hählich, den 8. Okt. 18.
Gustav Bornmann, Steinarbeiter, Mitglied d. Steinarbeiterverbandes.

Schramberg (Ortsverb.).

Durchreisende Kollegen erhalten hier Ortsverbandsgeschenk (Berpfeckungskarten im Werte von 1 Mark beim Kassieren ihres Berufes, Kollegen unvertretenen Berufes beim Ortsverbandskassierer Karl Ropye Große Steinstraße 10, H. IV.

Barth i. Pommer. (Ortsverb.).

Durchreis. Gewerkevereinskollegen erhalten 50 Pf. Karten sind zu haben bei Aug. Dähn, Poststraße 24. Arbeitsnachweis das.

Döbeln.

Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat“ freies Nachquartier und Frühstück. Karten find beim Kollegen F. Hauptmann a. u. Roswener Straße 9.

Kattowitz (O.-Schl.).

Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 75 Pf. Ortsverbandsgeschenk beim Kassierer, Röll. Georg Schmiegel, Goethestr. 11 par. (Mittags 12-1, abends nach 6 Uhr).

Bremen.

Die Auszahlung der Reisegelder der Ortsvereine und des Ortsverbandes erfolgt von jetzt an auf dem Arbeitersekretariat Bremen, Lindenstr. 2.

Bauschule Rastede (Oldbg.)
Meister- und Polierkurse. Vollständige Ausbildung in 5 Monaten. Ausführliche Progr. frei.

Schwelm (Westfalen). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten an Unterstiftung 75 Pf. beim Ortsverbandskassierer Ernst Brewer, Kaiserstr. 5.

Schwelm (Ortsverband). Das Geschenk für Durchreisende wird bei den Ortsverbandskassierern, bei nicht vorhandenen Berufen nur beim Ortsverbandskassierer, Röll. Paul Müller, Bernsdorferstraße 31, abends von 6-8 Uhr ausgezahlt. — Der Arbeitsnachweis wird von Röll. Oswald Blach, Gensfeldstr. 32, verwaltet. Sprechzeit wochentäglich von 7-8 Uhr abends, am Sonntag von 10-12 Uhr vormittags.

Sfart (Ortsb.) An durchreisende Röll. wird eine Unterstiftung von 0,75 M. gezahlt durch den Ortsverbandskassierer August Seltenficker, Pausstr. 20.

Wilhelmshaven (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten Unterstiftung, Karten beim Ortsverbandskassierer G. Budecke Wilhelmshav. Rüstingen, Jelfenstr. 18.

Wiesbaden u. Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pf. vom Ortsverbandskassierer D. Bennewitz, Rennbahnstraße 54.